



Sibylle Lichtensteiger
Die Stapferhaus-Leiterin präsentiert die neue Ausstellung
REGION 27

Abstimmung vom 12. Februar
www.aihk.ch
Für eine Neuordnung der Schweizer Verkehrsfinanzierung: JA zum NAF
Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)

Rafael Nadal
Rückkehr eines Geschundenen
SPORT 13, 14

Erster Besuch

Sieben Tage ist Donald Trump im Amt. Mit seinen Ankündigungen, Anordnungen und Auftritten hat er viel Staub aufgewirbelt. Gestern empfing er seinen ersten Staatsgast: Die britische Premierministerin Theresa May. Nach deren Aussage bekennen sich die USA zu 100 Prozent zum nordatlantischen Verteidigungsbündnis Nato.
SEITE 2/3

FOTO: DOULIERY/KEystone



AZ AM WOCHENENDE

Wegen Nebeldecke mehr Feinstaub

SEITE 25

Bundesrat Johann Schneider-Ammanns Einsatz im Aargau

SEITE 26

Hochseeflotte: Geht durch Verkauf Geld verloren?

SEITE 7

Mexikos Präsident Peña - vom Helden zur lahmen Ente

SEITE 9

Konzernchef Ermotti zog Bilanz für 2016

SEITE 11

LEITARTIKEL über die Aargauer Volksinitiative «Ja zu einer guten Bildung - Nein zum Lehrplan 21» Die Schule braucht jetzt Offenheit und Vertrauen

Schon der Titel der Initiative ist irreführend: «Ja zu einer guten Schulbildung - Nein zum Lehrplan 21». Denn wir stimmen am 12. Februar nicht über den Lehrplan 21 ab, sondern über eine Änderung von Paragraph 13 des aargauischen Schulgesetzes. Im ganzen Initiativtext kommt denn auch der Begriff «Lehrplan 21» kein einziges Mal vor. Auch eine Annahme der Initiative würde nichts daran ändern, dass der Lehrplan 21 die Grundlage für den neuen Aargauer Lehrplan sein wird. Deshalb können wir es uns hier ersparen, näher auf die mit harten Bandagen geführten und teilweise zutiefst ideologisch belasteten inhaltlichen Dispute um den Lehrplan 21 und seine real vorhandenen Mängel einzugehen. Sie sind für die Abstimmung über diese Initiative letztlich nicht relevant. Vielmehr geht es darum, sich mit den Konsequenzen zu beschäftigen, welche die von den Initianten vorgeschlagene Änderung des Schulgesetzes für die Aargauer Schule hätte.

Ideologischer Feldzug gegen konstruktivistische Weltsicht

Die Initiative verlangt einen separaten Rahmenlehrplan für den Kindergarten. Sie legt die Schulfächer für die Primarstufe und die Oberstufe abschliessend fest und sie fordert Jahrgangsziele. Und sie verbietet, dass in den ersten sechs Schuljahren mehr als eine Fremdsprache unterrichtet werden darf. Erklärtes Ziel der Initianten ist es, auf diesem Weg zentrale Prinzipien des Lehrplans 21 auszuhebeln. Sie möchten «die Fehlentwicklungen der nationalen Bildungspolitik korrigieren».

Was auf den ersten Blick recht harmlos scheint, hätte aber auf die ganze Volksschule Aargau erhebliche Auswirkungen. Die Initiative schränkt das Bildungsangebot im Kanton ein, wenn sie genau festlegt, welche Fächer unterrichtet werden dürfen. Fächer wie Berufs- oder Medienkunde kommen gar nicht vor. Sie behindert zudem den in



Jörg Meier
«Was man den Initianten zugutehalten muss: Durch ihr hartnäckiges Agieren haben sie erreicht, dass die Schule in den Fokus gerückt ist.»

der Bundesverfassung verankerten Auftrag zur Harmonisierung der Bildungsziele. Und sie erschwert den Wohnortwechsel von Familien mit schulpflichtigen Kindern in einen andern Kanton. Der aargauische Sonderfall käme auch die Steuerzahler teuer zu stehen: Die Ausbildung der Lehrpersonen müsste neu ausgerichtet werden, neue Lehrmittel müssten erarbeitet werden. Und was die Initiative trotzdem nicht verhindern kann: Dass der Unterricht kompetenzorientiert ausgerichtet ist und das selbstgesteuerte Lernen wichtiger wird.

Es ist vor allem ein ideologischer Kampf, den die Initianten führen. Sie wehren sich gegen die konstruktivistische Weltsicht, die dem Lehrplan 21 zugrunde liegt. Sie fürchten sich vor zu viel selbstgesteuertem Lernen und sie halten die Ausrichtung nach Kompetenzen in der Volksschule für völlig verkehrt. Sie beklagen, dass EU und OECD am Anfang des ganzen Lehrplan-21-Übels stünden, geisseln die völlige «Vermessung der Bildung», die der Lehrplan 21 mit sich bringe. Der harte Kern der Initianten besteht aus einer relativ kleinen Gruppe von wertkonservativen Pädagogen. In ihrem Feldzug gegen den Lehrplan 21 sind sie schweizweit gut vernetzt. Im Aargau werden sie unterstützt von der Aargauischen Vaterländischen Vereinigung und vom «Aargauer Elternkomitee für eine kindgerechte Schule».

Arbeitgeber und Gewerkschaften marschieren gemeinsam

Die Regierung lehnt die Initiative ab, der Grosse Rat hat das auch getan, sämtliche Parteien mit Ausnahme von SVP und EDU wehren sich ebenfalls gegen den Eingriff ins Schulgesetz. Dass alle schulischen Verbände und Organisationen sich gegen die Initiative stellen, verwundert wenig. Eher ungewöhnlich aber ist, dass sich Gewerbeverband und Handelskammer für einmal mit den Gewerkschaften VPOD und Unia einig sind: Sie alle halten die Initiati-

ve für schädlich und engagieren sich gemeinsam im gleichen Komitee.

Hartnäckige Initianten haben Schule in den Fokus gerückt

Was man den Initianten aber zugutehalten muss: Durch ihr hartnäckiges Agieren haben sie erreicht, dass die Schule in den Fokus gerückt ist. Die vielen überaus gut besuchten Podiumsgespräche und unzählige Kommentare und Leserbriefe in den Medien zeigen, wie sehr die Entwicklung der Schule in Zeiten rasanter gesellschaftlicher Veränderung die Menschen beschäftigt. Manchmal geriet dabei etwas in den Hintergrund, dass der Lehrplan 21 weder an allem schuld noch ein Allerweltmittel ist. Er ist lediglich ein umfangreiches bildungspolitisches Planungsinstrument, das noch gehörig für die Aargauer Verhältnisse bearbeitet werden muss. In dieser Deutlichkeit verdanken wir diese Erkenntnis auch der unermüdlichen Agitation der Initianten. So weiss die Regierung jetzt noch klarer, dass die Erarbeitung des neuen Aargauer Lehrplans sehr sorgfältig geschehen muss, dass verschiedenste Ansprechpartner konsultiert werden sollten oder konkreter noch: dass es wohl an der Oberstufe weiterhin Einzelfächer geben wird. So hat die Initiative zwar einerseits die offizielle Arbeit am Aargauer Lehrplan vorläufig blockiert, andererseits hat sie aber ein öffentliches Nachdenken über die Volksschule in Gang gesetzt. Damit hat sie ihre Schuldigkeit getan und kann getrost wieder von der Bildfläche verschwinden.

Soll sich unsere Schule weiterentwickeln und unsere Kinder möglichst adäquat auf das Leben vorbereiten können, dann braucht sie nicht Einschränkungen und Behinderungen, wie sie die Initiative schaffen will. Sondern sie braucht Offenheit und Vertrauen als Basis einer kritischen Begleitung.

@joerg.meier@azmedien.ch

Unternehmenssteuerreform Wie schnell stünde der Plan B?

Bei der Abstimmung zur Steuerreform wird ein knappes Ergebnis erwartet. Umso dringender stellt sich die Frage, was bei einer Ablehnung geschehen würde. Gegner wie Befürworter sind sich einig, dass es eine Reform braucht. Für die Linke ist klar, dass eine neue Vorlage schnell erarbeitet wäre: Man könne einfach die ursprüngliche Vorlage des Bundesrates als Basis nehmen. Die Befürworter glauben nicht, dass inhaltlich rasch eine neue Lösung gefunden wäre, welche die Interessen aller Kantone abdeckt. Ein mögliches Szenario ist zudem, dass die Kantone von sich aus handeln. SEITE 8

Aargau Franziska Roth zeigt erste Asyl-Pläne

Seit vier Wochen amtiert die einstige Gerichtspräsidentin als Vorsteherin des Departements Gesundheit und Soziales. Gestern trat sie erstmals in dieser Funktion vor die Medien: In einer Pressekonzferenz zogen Kanton und Gemeinden Bilanz über die Arbeit der Task-Force Flüchtlingswesen. Diese hat innert eines Jahres viel erreicht: Eine Informations-Plattform aufgeschaltet, eine Anlaufstelle eingerichtet, Unternehmer an Bord geholt, die Unterstützung für Schulen verbessert, den Zugang zu Beschäftigung für Asylsuchende vereinfacht. Und Franziska Roth? Sie zeigte sich zuversichtlich, aber noch ein wenig zugeknöpft. SEITE 23/24